

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 13.10.2020
Antragsnr.: 278/2020
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III/11/Hr. Redel
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 12.10.2020

Anträge zum Stellenplan (Amt 31)

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

der im Arbeitsprogramm dargestellte Personalmangel ist angesichts der Ausrufung des Klimanotstandes nicht haltbar. Daher stellen wir folgende Stellenplananträge:

1. Schaffung von zwei, unbefristeten ZBV-Stellen für Umweltingenieur*innen im Umweltamt, insbesondere für die Gewinnung von Elternzeitvertretungen

Es ist schwer, qualifiziertes Personal für befristete Stellen zu gewinnen, so dass die Besetzung von Elternzeitvertretungen scheitern kann – damit steigt der Arbeitsdruck und Aufgaben können nicht erledigt werden.

Wir gehen davon aus, dass unbefristete Stellen im Umweltamt leichter zu besetzen ist, auch wenn sie vorerst keiner Abteilung zugeordnet sind.

2. Neuschaffung einer ganzen Stelle Biodiversitätsberater*in der Abteilung Naturschutz

Im Arbeitsprogramm ist nur von einer halben neuen Stelle die Rede, in Liste A aber von einer ganzen. Rein vorsorglich beantragen wir, dass eine ganze Stelle eingerichtet wird.

3. Neuschaffung von einer Stelle für die Abteilung Immissionsschutz

Es wird eine weitere Stelle (Umweltingenieur*in oder vergleichbar A13) für die Abteilung Immissionsschutz geschaffen.

Begründung:

Zitat aus dem Arbeitsprogramm (S. 102):

„Novelle der TA Luft steht noch aus, Anforderungen an die Umsetzung des Vorsorgeprinzips werden höher, d.h. kürzere Prüfintervalle führen zu größerem Verwaltungsaufwand. Luftreinhalteplanung wird intensiviert durch politische Entwicklung“

4. Neuschaffung von zwei Stellen für die Abteilung Abfallrecht/-beratung/-Wirtschaft

Es wird eine weitere Stelle (Umweltingenieur*in oder vergleichbar A13) für die Abteilung Abfallrecht/-beratung/-Wirtschaft geschaffen

Begründung:

Letztes Jahr hieß es im Arbeitsprogramm noch:

„Der Vollzug des Abfallrechts, vor allem der Gewerbeabfallverordnung kann mit den vorhandenen Personalkapazitäten punktuell stattfinden.“

Auch wenn diesmal die Situation im Arbeitsprogramm (Seite 110) weniger dramatisch dargestellt wird, nehmen die Aufgaben weiter erkennbar weiter zu, siehe z.B.:

„Die hohe Bautätigkeit mit Abbrüchen und Rückbau von Gebäuden insbesondere auf Bestandsflächen erfordert vermehrte Baustellenüberwachungen und eine Überwachung des Bodenaushubs (Großbaustellen z.B. Siemenscampus).“

Außerdem erfordert die von uns im Arbeitsprogramm geforderte Erhöhung der Wiederverwertung von Elektrogeräten Personal zur Umsetzung.

5. Neuschaffung von einer Stelle für die Abteilung Radverkehr, Nahmobilität

Es wird eine weitere Stelle (Umweltingenieur*in oder vergleichbar A13) für die Abteilung Radverkehr, Nahmobilität geschaffen

Begründung:

Zitat aus dem Arbeitsprogramm (S. 114):

„Die vielfältigen Aufgaben müssen priorisiert werden und können nur nach und nach abgearbeitet werden.“

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)